

# Opposition will Johnson stoppen

## No-Deal-Brexit per Gesetz verhindern – EU-Parlamentarier schlägt Fristverlängerung vor

**London/Ladbergen** (dpa/WB/as). Die von Premierminister Boris Johnson erwirkte Zwangspause des britischen Parlaments hat auch am Tag nach der Entscheidung erhebliche Kontroversen ausgelöst. Ein Mitglied der konservativen Regierungspartei im Oberhaus, David Young, legte am Donnerstag aus Protest gegen den Schritt sein Fraktionsamt nieder. Eine Online-Petition gegen die Suspendierung des Parlaments erreichte schon mehr als 1,5 Millionen Unterschriften.

Das oberste Gericht in Schottland beraumte indessen eine kurzfristige Anhörung in der Sache an. Eine Gruppe von Abgeord-

neten hatte dort Klage eingereicht und forderte eine einstweilige Verfügung, bis geklärt ist, ob die Zwangspause für das Parlament rechtmäßig ist. Wann eine Entscheidung getroffen werden soll, war zunächst unklar.

Die britische Opposition will trotz der Suspendierung des Parlaments versuchen, einen Brexit ohne Abkommen per Gesetz zu verhindern. Das sagte der Labour-Politiker Barry Gardiner in einem BBC-Interview. »Wir werden versuchen, die entsprechende Gesetzgebung in diesem engen Zeitrahmen, den uns die Regierung auferlegt hat, durchzubringen«, sagte Gardiner.

Die Abgeordneten haben nur wenige Tage Zeit, um ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren durchzuführen, wenn das Parlament am Dienstag erstmals nach der Sommerpause wieder zusammentritt. Zwischen dem 9. und 12. September soll die Sitzungsphase beendet werden. Alle bis dahin nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren verfallen dann. Ein zweites Zeitfenster im Oktober ist ähnlich eng.

Unterdessen hat der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper aus dem Münsterland vorgeschlagen, die Frist bis zum EU-Austritt Großbritanniens über den 31. Oktober hinaus zu verlängern. »So

könnte die EU dem britischen Parlament die Zeit zurückgeben, die Boris Johnson ihm nehmen will. Das könnte die EU-Kommission einseitig machen, um das Unterhaus wieder ins Spiel zu bringen«, sagte Pieper am Donnerstag dem WESTFALEN-BLATT. »Was Johnson da macht, ist historisch. Daran wird man sich noch in 100 Jahren erinnern. Es ist ein Unding, die Queen für dieses Manöver zu benutzen«, so Pieper. Ein Misstrauensvotum gegen Johnson müsse so schnell wie möglich durchgeführt werden, »sofort am 3. September«. Pieper: »Johnsons radikales Vorgehen macht eine Mehrheit gegen ihn wahrscheinlicher.«